

# Wie viel Demokratie verträgt das Klima?

### Das Abkommen von Rio ist bereits 20 Jahre alt. Aber der Treibhausgas-Ausstoß ist nicht gebremst, im Gegenteil. Wir haben zwei Wissenschaftler gefragt, wie das Problem zu lösen ist



Bilder eines Kampfs: Brasilien hat es geschafft, die Abholzungsraten zu senken. Der Schutz der Wälder blüht für Umweltschützer riskant. Fotos: Reuters (2), AFP



Es gibt nicht viele, die ernsthaft eine Ökonomie fordern würden. Denn Freiheit und Recht für jeden Einzelnen sind unantastbare Güter. Aber einige Menschen verzweifeln schon an der Langsamkeit und mangelnden Entschlossenheit der Politik, das Klima wirkungsvoll zu schützen. Der aktuelle Fünf-Jahres-Plan in China mit seinen ambitionierten Klimazielen sieht deshalb für manche Umweltschützer vielversprechend aus – und wird vielfach als Indiz dafür begriffen, dass ein undemokratischer Staat beim Schutz der Erdatmosphäre kraftvoll vorgehen kann.

Doch China hat zahlreiche Klima-Facetten, die ein verwirrendes Gesamtbild erzeugen. Beim gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen 2009 beispielsweise hat sich China als autoritärer Staat nicht von den meisten demokratischen Staaten unterschieden, mit denen es dort verhandelt hat. Fast alle haben schlicht und stur ihre nationalen Interessen an die erste Stelle gerückt. Fast niemand – außerhalb der dafür auf vielfache Weise lächerlich gemachten Europäischen Union – war dazu bereit, globale Verantwortung zu übernehmen.

Umgekehrt gibt es tatsächlich das China, das sich rasch modernisiert und dabei Großartiges leistet, nicht zuletzt für den Umweltschutz. Von der westlichen Welt wird etwa grob unterschätzt, dass das Reich der Mitte entschlossen ist, ein internes Emissionshandelsystem aufzubauen.

Kann also ein zentralistischer Staat ohne Parteienwettbewerb große Transformationsprozesse besser planen und umsetzen? Interessanterweise taugt China gar nicht als Testfall für diese These. Denn das Land ist durchaus anders, als dies von außen erscheinen mag: Vieles wird in der Provinz umgesetzt, vieles ist von Bürgerbewegungen, Städten oder auch kleiner Dörfer zu verantworten. Es ist gerade ein Beweis für – und nicht gegen – die Kraft einer Demokratie.

Was das eigentliche Problem liegt, zeigt sich regelmäßig bei den sogenannten Weltklimagipfeln. Was uns fehlt, ist eine Weltgesellschaft überkonvergierende Konsummuster hinaus. Eine Weltgesellschaft, getragen von Weltbürgern, welche die Lösung jener Probleme vorantreibt, die von Einzelstaaten nicht bewältigt werden können. Kein Weltstaat, der alles regelt bis ins letzte Bergtal des Planeten hinein, sondern einige weltweite Institutionen, welche die Seite der bunten Staatenwelt treten.

Um das Klima zu schützen, muss man ganz bestimmt nicht nationale Demokratien durch Diktaturen ersetzen, sondern so etwas wie eine globale Weltprobleme ermöglichen. Das bedeutet, dass die Diktaturen unter verstärktem Liberalisierungsdruck zu setzen. Letztendlich – ja, ich will es aussprechen – wäre aber eine demokratische Weltregierung die einzig angemessene Antwort auf unsere Weltprobleme. Ob wir jemals da hinkommen und wie, ist ungewiss. Aber den Gedanken nicht zu denken wagen, wäre ebenso feige wie töricht.

sungen gezielt auswählen und rasch vorantreiben kann. Auch eine demokratische Regierung vermag dies zu tun, wenn sie über die entsprechende Mehrheit verfügt. Die Energiewende in Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür. Die Bundesregierung hat immerhin einen Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von nur elf Jahren verordnet und zugleich am Einstieg in eine emissionsarme Volkswirtschaft festgehalten. Alles ist auf völlig legitime Weise geschehen, konzipiert und befürwortet durch eine überwältigende Mehrheit gewählter Volksvertreter!

## Mehr Mitsprache

### Ohne Kreativität gibt es keine Veränderung. Und Fantasie ist in Diktaturen Mangelware. Wir brauchen offene Gesellschaften

VON HANS-JOACHIM SCHELLNHUBER

Halten wir also fest: Eine freiheitliche Gesellschaft kann ebenso massive Strategiewechsel durchführen wie Diktaturen. Aber sie hat den – für die Politik zugebenermaßen gelegentlich lästigen – Vorteil der permanenten kritischen Überprüfung durch die Öffentlichkeit, durch die Medien, ja letztendlich durch die Wähler. Aber sie hat die kreativen Kräfte auf ihrer Seite. Die deutsche Energiewende, die meines Erachtens nicht scheitern wird, ist gerade ein Beweis für – und nicht gegen – die Kraft einer Demokratie.

Was das eigentliche Problem liegt, zeigt sich regelmäßig bei den sogenannten Weltklimagipfeln. Was uns fehlt, ist eine Weltgesellschaft überkonvergierende Konsummuster hinaus. Eine Weltgesellschaft, getragen von Weltbürgern, welche die Lösung jener Probleme vorantreibt, die von Einzelstaaten nicht bewältigt werden können. Kein Weltstaat, der alles regelt bis ins letzte Bergtal des Planeten hinein, sondern einige weltweite Institutionen, welche die Seite der bunten Staatenwelt treten.

Um das Klima zu schützen, muss man ganz bestimmt nicht nationale Demokratien durch Diktaturen ersetzen, sondern so etwas wie eine globale Weltprobleme ermöglichen. Das bedeutet, dass die Diktaturen unter verstärktem Liberalisierungsdruck zu setzen. Letztendlich – ja, ich will es aussprechen – wäre aber eine demokratische Weltregierung die einzig angemessene Antwort auf unsere Weltprobleme. Ob wir jemals da hinkommen und wie, ist ungewiss. Aber den Gedanken nicht zu denken wagen, wäre ebenso feige wie töricht.

Für diese Weltgesellschaft von Morgen muss wir für die nationalen Gesellschaften von heute gelten, dass sie die Rechte künftiger Generationen ebenfalls zu berücksichtigen versuchen. Unsere ungeborenen Kindeskindest sind diejenigen, die den Klimawandel in seiner zu dem Wohlstand heute geht vielfach auf ihre Kosten. Deshalb habe ich mehrfach vorgeschlagen, Ombudsleute für die künftigen Generationen zu schaffen –

gleichsam als Sprecher für diejenigen, die noch keine Stimme haben können. Das wäre eine Erweiterung der Demokratie, keine Beschränkung. Es geht um mehr, nicht um weniger Mitbestimmung. Für künstlich aufgelassen halte ich das Argument, dass demokratische Systeme nur zur kurzfristigen Krisenbewältigung in der Lage sind, weil sie im Takt kurzer Wahlperioden denken und handeln. Wahlen finden in demokratischen Gesellschaften alle vier bis fünf Jahre statt. In China werden alle fünf Jahre neue Wirtschaftspläne und Soll-Zahlen aufgelegt. Tatsächlich stelle ich mir die Diskussionen in diversen Politbüros genauso chaotisch vor wie die Debatten in gewissen Fraktionssitzungen des Deutschen Bundestags. Aber macht es das besser? Das kurzfristige Denken ist ein Kennzeichen, das unsere gesamte Epoche bestimmt. Das ist eine soziologische Herausforderung, keine Krise der demokratischen Regierungsführung.

Ich sehe also nicht, wie in den Mechanismen der Diktatur die Langfristigkeit automatisch eingebaut sein sollte.

Die große Widerspruchslinie trennt vor allem diejenigen, die viel besitzen, von denenjenigen, die wenig haben. Für den Klimawandel sind von den aktuell rund sieben Milliarden Menschen weitgehend nur rund eine Milliarde verantwortlich. Die anderen sechs Milliarden tragen wenig zu den Treibhausgasemissionen bei, weil sie keinen Zugang zu den entsprechenden Ressourcen haben. Die Besitzenden mit besonderer Klimaverantwortung sind inzwischen in allen Ländern beherrschend. Es sind vor allem die oberen Mittelschichten in China, Brasilien, Indien, in den USA, in Deutschland, wo auch immer.

Entscheidend ist also eher der Gegensatz zwischen arm und reich. Der Satz „Armut ist der größte Umweltkiller“ was unternehmen könnte, wäre das Parlament, also der Gesetzgeber. Er könnte entsprechende Gesetze beschließen. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamente das tun, ist gering. Denn die meisten Abgeordneten würden schnell erkennen, dass die Konsequenz daraus wäre, dass vieles, was sie durch neue Verbrauchergruppen, die in die Mittelschicht aufsteigen, aufgezehrt. Drastisch ausgedrückt stehen die heute Besitzenden den Kindern der Habenichtse ihre Zukunft. Und eine Diktatur schafft es in der Regel viel wirkungsvoller, die Macht- und Besitzverhältnisse eines Landes zu konservieren.

Die letztlich nur ärgerliche Debatte über eine Ökonomie wird im wesentlichen von zwei Lagern geschürt. Da gibt es die ehrlich Besorgten, die aufgrund einer relativ naiven Einschätzung politischer Prozesse glauben, es könnte den „wohlmeinenden Diktator“ geben. In Wirklichkeit wird das Gerede von der Ökonomie aber gerade von denjenigen inszeniert, die die Ökonomie nicht wollen, als ich die weltvorsorge Ärgernisse sind. Da ist es ein probates Mittel, diejenigen, welche auf die Probleme des übermäßigen Ressourcenverbrauchs hinweisen, als vermeintliche Sympathisanten einer Ökonomie zu diskreditieren.

Was wir brauchen, ist eine globale Verfassung, die über die Charta der Vereinten Nationen hinausgeht. Man könnte die Handlungsfelder globaler Institutionen auf drei oder vier entscheidende Herausforderungen beschränken: die Wahrung der Menschenrechte, den Klimaschutz, vielleicht auch die globale medizinische Versorgung oder die Abwehr von Asteroiden aus dem All. Wer das völlig anders sieht, kann beispielsweise die Rückkehr zum deutschen Zollverein von 1834 fördern, wofür sich angesichts der Krise Europas sicherlich glühende Befürworter finden werden. Es kann doch nicht sein, dass nur die Finanzmärkte den Aufbruch heben oder senken über die Zukunft ganzer Nationen. Das ist nicht nur die Diktatur des Jetzt – es ist die Diktatur der schnellen Vorteile. Und alles andere als demokratisch.



Hans-Joachim Schellnhuber ist Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Regierung.

Die größte Herausforderung ist es, Langzeitfolgen von Entscheidungen mehr Wert beizumessen, als es heute der Fall ist. Damit meine ich Konsequenzen, die weiter in der Zukunft liegen als zehn Jahre. Wenn heute wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden, muss verglichen werden, welche Kosten welchem Nutzen gegenüberstehen. Üblicherweise liegen die Vorteile in der Zukunft und die Kosten in der Gegenwart. Diese Zukunftsgewinne werden mit einem Abzinsungsfaktor eingepreist, der vielleicht bei sieben, zehn oder 15 Prozent im Jahr liegt. Das bedeutet, dass Vorteile, die weiter als zehn Jahre in der Zukunft liegen, in einer kapitalistischen Entscheidung nicht berücksichtigt werden.

Wenn man die Treibhausgasemissionen der Zukunft vermindern will, wenn man also beispielsweise in ein Elektroauto investieren möchte, weil es weniger Kohlendioxid ausstößt, wird auch in diesem Fall eine Kosten-Nutzen-Abwägung getroffen. Die Kosten des Elektroautos werden voll angerechnet, um die Emissionsminderungen der Zukunft werden nicht einbezogen. Um Investitionen mit einer positiven ökologischen Langzeitwirkung attraktiver zu machen, müsste man die Vorteile für die Zukunft über einen längeren Zeitraum mitrechnen. Das würde bedeuten, dass die Abzinsungsrate viel niedriger liegen müsste. Das wäre eine soziale und ökologische Kosten-Nutzen-Rechnung statt der traditionellen. Eine Möglichkeit, kapitalistische Investitionsentscheidungen mit ihren Langzeitfolgen zu verändern, wäre eine Gesetzgebung, die weit niedrigere Diskontsätze vorschreiben würde.

Die Institution, die gegen die im Kapitalismus angelegte Kurzfristigkeit etwas unternehmen könnte, wäre das Parlament, also der Gesetzgeber. Er könnte entsprechende Gesetze beschließen. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamente das tun, ist gering. Denn die meisten Abgeordneten würden schnell erkennen, dass die Konsequenz daraus wäre, dass vieles, was sie durch neue Verbrauchergruppen, die in die Mittelschicht aufsteigen, aufgezehrt. Drastisch ausgedrückt stehen die heute Besitzenden den Kindern der Habenichtse ihre Zukunft. Und eine Diktatur schafft es in der Regel viel wirkungsvoller, die Macht- und Besitzverhältnisse eines Landes zu konservieren.

Die letztlich nur ärgerliche Debatte über eine Ökonomie wird im wesentlichen von zwei Lagern geschürt. Da gibt es die ehrlich Besorgten, die aufgrund einer relativ naiven Einschätzung politischer Prozesse glauben, es könnte den „wohlmeinenden Diktator“ geben. In Wirklichkeit wird das Gerede von der Ökonomie aber gerade von denjenigen inszeniert, die die Ökonomie nicht wollen, als ich die weltvorsorge Ärgernisse sind. Da ist es ein probates Mittel, diejenigen, welche auf die Probleme des übermäßigen Ressourcenverbrauchs hinweisen, als vermeintliche Sympathisanten einer Ökonomie zu diskreditieren.

Was wir brauchen, ist eine globale Verfassung, die über die Charta der Vereinten Nationen hinausgeht. Man könnte die Handlungsfelder globaler Institutionen auf drei oder vier entscheidende Herausforderungen beschränken: die Wahrung der Menschenrechte, den Klimaschutz, vielleicht auch die globale medizinische Versorgung oder die Abwehr von Asteroiden aus dem All. Wer das völlig anders sieht, kann beispielsweise die Rückkehr zum deutschen Zollverein von 1834 fördern, wofür sich angesichts der Krise Europas sicherlich glühende Befürworter finden werden. Es kann doch nicht sein, dass nur die Finanzmärkte den Aufbruch heben oder senken über die Zukunft ganzer Nationen. Das ist nicht nur die Diktatur des Jetzt – es ist die Diktatur der schnellen Vorteile. Und alles andere als demokratisch.



**CHINA**  
Volksrepublik: seit 1949 regiert von der kommunistischen Partei Chinas.  
Einwohner: 1,35 Milliarden (UN 2010)  
Lebenserwartung: 72 Jahre Männer und 76 Jahre Frauen (UN)  
BIP pro Kopf: 4260 US-Dollar (Weltbank 2010)  
CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf/Jahr: 3,9 Tonnen, allerdings inzwischen größter Emittent von Treibhausgasen weltweit.



Nach dem Wald ist vor dem Wald. China forstet im großen Stil wieder auf. Außerdem setzt das Land mehr und mehr auf erneuerbare Energien. Fotos: Reuters (2), PA/dpa, dapd

## Ein guter Diktator

### Parlamente lösen langfristige Probleme nicht, weil sie gewählt werden müssen. Wir bräuchten Diktatur auf Zeit

VON JORGEN RANDERS

für besser hielt für die Gesellschaft, schnelle Entscheidungen ohne lange Diskussionen zu treffen. Dafür wurde ein Diktator gewählt, da kommt das Wort auch her. Es wäre also denkbar, dass ein Parlament entscheidet, bezogen auf die Energie- und Klimapolitik einen solchen „wohlmeinenden Diktator“ zeitlich befristet zu bestimmen. Er hätte die Aufgabe, zum Vorteil der Menschen über die Klimapolitik zu bestimmen. Fünf Jahre würden dazu meines Erachtens reichen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Wenn ich der „wohlmeinende Diktator“ wäre, würde ich versprechen, zurückzutreten. Aber das darin liegende Risiko, dass er an der Macht bleibt, ist der Hauptgrund, warum die meisten Menschen skeptisch auf die Idee reagieren.

Es gibt aber zwei interessante Praxisbeispiele: die chinesische kommunistische Partei und die Europäische Kommission. Die EU-Kommission ist genau das. Sie hat meiner Einschätzung nach in der Klima- und Energiepolitik sehr erfolgreich eingegriffen und die europäischen Staaten weiter getrieben, als sie von selbst gegangen wären. Die 20-20-20-Gesetzgebung ist ein Beispiel dafür. Die EU hat 2007 entschieden, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien bis dahin auf 20 Prozent zu erhöhen und die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern. Die EU-Kommission ist in einigen Politikfeldern also ein „wohlmeinender Diktator“, allerdings nimmt das Europaparlament diese Macht mehr und mehr zurück, was es der EU-Kommission immer schwerer macht, das zu tun.

Interessant ist auch das Beispiel China. Die Kommunistische Partei dort hat eine Vielzahl langfristiger Entscheidungen getroffen, die künftigen Generationen nutzen werden. Sie befindet sich außerhalb demokratischer Kontrolle, und wir wissen auch nicht, ob sie ihre Macht auf längere Sicht sichern kann. Die Kommunistische Partei Chinas ist nach meiner Einschätzung ein „wohlmeinender Diktator“, der das Richtige tut, weshalb ich es nicht schlimm finde, dass die Partei sich diese Macht nimmt. Aber viele Menschen stören sich daran.

Ein Beispiel für eine langfristig nachhaltige Entscheidung ist der Ausbau des Schienennetzes für Hochgeschwindigkeitszüge. Zwar wird neben dem dann auch noch eine Straße gebaut, wenn auch auf Kosten derjenigen, deren Interessen nicht gehört werden. China setzt auf Windräder und Solaranlagen, wie Deutschland. Nur bauen chinesische Firmen diese Anlagen viel billiger. Das kann ein „wohlmeinender Diktator“ tun, wenn auch auf Kosten derjenigen, die in den kleinen Fabriken ihre Jobs verlieren. Diese Entscheidungen nützen der Umwelt langfristig und wären in einer demokratischen Gesellschaft nur schwer durchzusetzen. Das hat große ökonomische Vorteile auf lange Sicht, schadet aber kurzfristig einigen Menschen. Ich denke, wir werden im Rückblick sagen: Die Chinesen haben das Klimaproblem gelöst. Es ist nicht so, dass sie nur der größte Treibhausgasproduzent sind. Das sind sie, weil sie 1,3 Milliarden Menschen sind, die die Emissionen noch immer niedrig. Dennoch haben sie schon begonnen, den Kurs zu ändern. Sie arbeiten an sauberen Autos, emissionsfreien Häusern und werden die Lösungen für die Klimakrise entwickeln, die sie dem Westen dann verkaufen werden.

Ein dritter Weg, die Kurzfristigkeit zu überwinden, sind internationale Strukturen, wie der Weltklimarat der Vereinten Nationen, der IPCC. Die Weltgemeinschaft könnte seine Kompetenzen erweitern, so dass er nicht nur sagen kann, was richtig oder falsch ist. Er bräuchte die Autorität, den Nationen zu sagen, dass sie ihre Häuser besser isolieren, oder sie ihre Autos umrüsten lassen. Es wäre eine internationale Autorität mit auf ein Politikfeld beschränkter Entscheidungsbefugnissen. Das ist, was die Europäer in der Europäischen Union versuchen. Das ist machbar, aber es ist sehr schwierig und zeitraubend. Es ist 24 Jahre her, dass der IPCC seinen ersten Bericht vorgelegt hat. Es ist 20 Jahre her, seit der Erdgipfel in Rio die Klimarahmenkonvention beschlossen hat. Rechtlich verbindliche Klimaziele sollten die Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen machen. Das Hauptproblem. Es braucht Zeit. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren die Treibhausgasemissionen nicht gesenkt, sondern sie steigen immer noch weiter. Die Wachstumsrate der Treibhausgase ist sogar noch höher als vor 20 Jahren.

Alle drei Lösungen, um die Kurzfristigkeit zu überwinden, haben den Makel, dass sie nur sehr schwer umzusetzen sind. Ich wünsche mir jedenfalls mehr langfristige Weisheit in der demokratischen Entscheidungsfindung.

Ich finde das sehr interessant, was das deutsche Parlament auch treffen konnte. Die Kosten dafür lagen unter einem Prozent unserer Wirtschaftsleistung. Passiert ist in den vergangenen sechs Jahren nahezu nichts. Es hilft also wenig, gewählt zu werden.

Dennoch gibt es Ausnahmen. Es gibt Unternehmen, die ihre Strategie langfristig ausrichten. Und es gibt Parlamente, die in die Zukunft gerichtete Entscheidungen treffen. Eine Ausnahme war Deutschland. Das Parlament hat entschieden, dass Windräder und Solaranlagen gefördert werden sollten, obwohl die Stromerzeugung aus Wind doppelt so teuer war wie mit der billigsten Lösung Kohle und mit der Sonne mindestens zehn Mal so teuer. Ich finde das sehr interessant, was das deutsche Parlament da gemacht hat. Das ist eine Ausnahme, in der ein Parlament etwas für den langfristigen Nutzen der Gesellschaft entschieden hat. Ähnlich gibt es auch Unternehmen, die in Projekte investieren, die keinen kurzfristigen Gewinn

noch höher als vor 20 Jahren. Alle drei Lösungen, um die Kurzfristigkeit zu überwinden, haben den Makel, dass sie nur sehr schwer umzusetzen sind. Ich wünsche mir jedenfalls mehr langfristige Weisheit in der demokratischen Entscheidungsfindung.



Das ist der Gipfel

**RIO 1992**  
Vor genau 20 Jahren fand der Rio-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung statt, auf dem die Klimarahmenkonvention und die Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt beschlossen wurden. Schon 2002 in Johannesburg beim Folgegipfel war klar, dass deren Ziele nicht erreicht werden würden. Vom 20. bis 22. Juni trifft sich die Weltgemeinschaft in Rio zum dritten Mal, um über die Zukunft des Planeten zu beraten.

**GRÜNE WIRTSCHAFT**  
Ein Hauptthema wird eine „grüne Wirtschaft“ sein. Viele Entwicklungsländer sehen in dem Konzept eine Chance, Wettbewerbsvorteile zu erringen. Anders, vor allem in Lateinamerika, halten die Idee nur für einen grün angestrichenen Kapitalismus.

**Globale Institutionen**  
Vor 40 Jahren fand in Stockholm der erste Weltumweltgipfel statt. In der Folge wurde das UN-Umweltprogramm gegründet. Die Europäer und die Afrikaner versuchen nun, aus dem Programm zumindest eine vollwertige Organisation zu machen. *deh*

Die chinesischen Hersteller von Solaranlagen haben Deutschland inzwischen überholt. Und das Ausbautempo ist in China ebenfalls hoch.



**BRASILIEN**  
Föderale Republik seit 1989 wieder eine Demokratie  
Einwohner: 196,6 Millionen (UN 2011)  
Lebenserwartung: 71 Jahre Männer, 77 Jahre Frauen (UN)  
BIP pro Kopf: 9 390 US-Dollar (Weltbank 2010)  
CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf/Jahr: 5 Tonnen. Brasiliens hoher Wert erklärt sich durch den Verlust des Amazonas-Regenwalds.